

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

65. Sitzung, Donnerstag 11. April 2013, 9:30 Uhr

TOP 2

**Steuergerechtigkeit –
den Mittelstand nicht überfordern!**

Rede von

Joachim Kößler MdL

Steuerexperte der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mir lange überlegt, was das Thema „Soziale Gerechtigkeit durch Steuergerechtigkeit – Steuerbetrug bekämpfen auch von Baden-Württemberg aus“ soll. Ich habe den Eindruck, es geht hier nicht um ein sachliches Thema, nicht um Steuergerechtigkeit, nicht um soziale Gerechtigkeit, sondern es geht zum Teil um Wahlkampf.

Soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit sind jedoch wichtige Themen und zu schade für ein Wahlkampf-vorgeplänkel. Oder geht es darum, dass Sie die baden-württembergischen Steuerzahler unter Generalverdacht stellen wollen? Ich gehe bis zum Beweis des Gegenteils davon aus, dass alle Steuerzahler in Baden-Württemberg ihre Steuern bezahlen.

Dass die Bürger in Baden-Württemberg keine Glücksgefühle beim Steuerzahlen haben, ist selbstverständlich. Zunächst einmal gehe ich auf das Thema der Steuergerechtigkeit ein. Das Wort „Steuer“ kommt aus dem Altdeutschen und bedeutet „Stütze“. Wir alle sollen den Staat durch Abgaben stützen. Unter Steuer versteht man aber eine Geldleistung ohne Rechtsanspruch auf eine Gegenleistung. Das heißt aber nicht, dass der Staat das Geld mit vollen Händen ausgeben soll.

Von Friedrich dem Großen stammt folgender Satz:

„Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“

Das ist ein wichtiger Satz eines aufgeklärten Monarchen. Merken Sie sich den letzten Teil, das nicht mehr als die Hälfte gefordert werden soll. Wenn ich auf die Steuerpläne Ihres Spitzenkandidaten zu sprechen komme, komme ich darauf noch zurück. Jetzt will ich auf die Steuergerechtigkeit eingehen. Ein gerechtes Steuersystem muss Starke fordern und Schwache fördern. Die gesamten Steuereinnahmen in der Bundesrepublik sind von 440 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 600 Milliarden Euro im Jahr 2012 gestiegen. Das zeigt,

dass wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem haben. Sie tun aber so, als würde dieses Land am Hungertuch nagen. Lassen Sie mich ein paar eindrucksvolle Daten nennen, die ein Beitrag zum Beweis der Steuergerechtigkeit sein sollen. 10 % der Steuerbürger zahlen in diesem Land 55 % der Lohn- und Einkommensteuer. 50 % der Steuerbürger zahlen nur 6 %, während 20 % der Steuerbürger 0,1 % des Lohn- und Einkommensteueraufkommens in diesem Land zahlen. 40 % der Bürger Baden-Württembergs zahlen überhaupt keine Steuern.

Jetzt komme ich zum Spitzensteuersatz, der erhöht werden soll. Dieser wurde im Jahr 2004 auf 42 % gesenkt. Der Spitzensteuersatz wurde unter einer rot-grünen Bundesregierung auf 42 % gesenkt. Wenn Sie sich davon distanzieren wollen, muss ich Sie darauf hinweisen, dass Gerhard Schröder den Spitzensteuersatz gesenkt hat. Bei 42 % bleibt es aber nicht. Hinzu kommen 3 % Reichensteuer, 5,5 % Solidaritätszuschlag und 9 % Kirchensteuer, die 25 Millionen Deutsche zahlen, sodass wir insgesamt auf einen Spitzensteuersatz von rund 51 % kommen.

Beklagenswert sind nicht die etwa 51 %, sondern beklagenswert ist es, dass man bei einem Jahreseinkommen von 52 000 Euro schon bei 42 % ist. Dies betrifft also nicht nur einen Spitzenverdiener, sondern auch schon einen gut verdienenden Facharbeiter. Hinsichtlich der indirekten Steuern sei nur eines erwähnt. Grundnahrungsmittel werden mit einem Steuersatz von nur 7 % belegt. Der Erwerb von Grundnahrungsmitteln wird also bedeutend geringer besteuert als der Erwerb sonstiger Waren. Das trägt natürlich auch zur Steuergerechtigkeit bei.

Aber jetzt komme ich zur sozialen Gerechtigkeit, zum zweiten wichtigen Thema Ihres Antrags. 56 % des Bundeshaushaltes sind soziale Transfereinkommen. Das ist gut so; denn wir legen hohen Wert auf soziale Gerechtigkeit. Dass es dabei Grenzen gibt, dafür will ich Ihnen ein Zitat von Ludwig Erhard, dem Vater der sozialen Marktwirtschaft, nennen. Am Ende des Versorgungsstaates steht der „soziale Untertan“, nicht der eigenverantwortliche Bürger. Trauen wir dem Bürger mehr zu! Aus Eigeninitiative, aus Kreativität entsteht Leistung für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Dass einiges verändert werden muss, ist klar. Sie haben im Bundesrat verhindert, dass die kalte Progression beseitigt wird. Es ist aber dringend notwendig, dass wir sie beseitigen. 3 Milliarden Euro entstehen aus der

kalten Progression. Wir greifen dem Bürger allein durch die Inflation in die Tasche und geben es ihm nicht zurück.

Ich will jetzt in der zweiten Runde auf ein Beispiel eingehen und will jetzt zu den Steuerplänen Ihres Spitzenkandidaten kommen. Es ist aber nicht nur der SPD-Spitzenkandidat, der so manches an Steuererhöhungen fordert, sondern es sind auch die Grünen. Ich verstehe die Partei der Grünen in Baden-Württemberg eigentlich nicht. Ich verstehe nicht, wie man, wenn man sich in der bürgerlichen Mitte etablieren will, solchen Plänen zustimmen kann. Von was reden wir? Wir reden von der Einführung der Vermögensteuer, von der Erhöhung der Erbschaftsteuer, der Kapitalertragsteuer und von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Aber 81 % der Bürger wollen, dass der Staat mit seinem Geld auskommt und dass er damit einen soliden Haushalt darstellt. 81 % der Bürger wollen dies, dass wir mit dem Geld auskommen und dass wir gut wirtschaften.

Aber ich gehe weiter. Wir kommen jetzt zum Mittelstand. Die Steuerpläne, die auf dem Tisch liegen, gefährden den Mittelstand in Baden-Württemberg, einen Mittelstand, der die tragende Säule unserer Wirtschaft ist. Ich will das erklären. Das „Handelsblatt“ hat aufgrund einer Untersuchung des Instituts für europäische Wirtschaft in Mannheim Folgendes festgestellt: Die kleinen Unternehmen werden zu 19 % mehr belastet, die großen Unternehmen beinahe bei 20 %. Darüber hinaus erhöhen Sie die Erbschaftsteuer, wollen Sie die Vermögensteuer anheben, und damit werden Sie den Unternehmen Eigenkapital entziehen. Gewinne dienen der Eigenkapitalbildung der mittelständischen Unternehmen. Die brauchen Gewinne, um für die Zukunft zu investieren.

Sie werden eine wichtige Säule der baden-württembergischen Wirtschaft beschädigen. Diese Säule beschäftigt 80 % der Arbeitnehmer. 80 % der Auszubildenden werden dort ausgebildet. Sie zahlen 80 % der Steuern in diesem Land. In diesem Zusammenhang noch ein Satz zur sozialen Gerechtigkeit: Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. Dies hat der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter schon in den Zwanzigerjahren erkannt. Er hat gesagt: Nur der innovative Unternehmer schafft Arbeitsplätze. Und Sie wollen ihn beschädigen. Ich fordere Sie auf: Unterstützen Sie unsere mittelständische Wirtschaft! Sorgen Sie für Arbeitsplätze in Baden-Württemberg! Distanzieren Sie sich von diesen Steuerplänen!